

SVP Klartext

Die Zeitung der Schweizerischen Volkspartei

Jetzt Mitglied werden
unter svp.ch/mitglied

April 2025

**Die Schweiz
wird zum Goldesel
der EU**

Seite 3



**Die
Kriegspartei EU
rüstet auf**

Seite 5



**Juso-Initiative
zerstört Schweizer
Familienunternehmen**

Seite 7



**Importierte Asyl-Kriminalität:
Zuständiger SP-Bundesrat
Jans schaut weg!**



Schönredner von links bis zur FDP

Ob Asyl oder masslose Zuwanderung: Die Probleme sind gravierend. Wer eine andere Politik will, muss SVP wählen.

Die Zahlen der neuen Kriminalitätsstatistik sind alarmierend. Die Straftaten haben 2024 nochmals massiv zugenommen: auf über 563'000 Delikte. Das sind 8 % mehr Straftaten gegenüber dem Vorjahr, nachdem bereits 2023 eine Zunahme um 14 % zu verzeichnen war.

Natürlich ging sofort wieder das übliche Vertuschen los. Die Zunahme sei vor allem im Bereich Cyberkriminalität gewesen. Was nicht stimmt! **Erschreckend ist die Zunahme schwerer Gewaltstraftaten** (+20 %), von Vergewaltigungen (+29,4 %) und von Raubüberfällen (+10 %).

Was die linksgrünen Vertuscher auch verschweigen: Die Schweizer Bevölkerung ist das Opfer **importierter Kriminalität**. Der Anteil von Straftätern bei Asyl-Migranten, Ausländern und Illegalen ist überdurchschnittlich hoch.

Professor Frank Urbaniok hat an der letzten SVP-Delegiertenversammlung eindrücklich aufgezeigt, dass Männer aus muslimisch geprägten Kulturen viel häufiger straffällig werden. Trotzdem lässt die Mitte-links-Mehrheit in Bundesbern jedes Jahr zehntausende illegale Asyl-Migranten aus diesen Ländern in die Schweiz.

Und der zuständige Justizminister Jans?

Er will noch mehr Zuwanderung (EU-Migrationspakt) und macht nichts gegen den Zustrom von Asyl-Kriminellen und Asyl-Schmarotzern aus der ganzen Welt.

Die FDP schiesst gegen unsere Initiative «Keine 10-Millionen-Schweiz!» **Mit lächerlichen Argumenten:** Unsere WC würden nicht mehr repariert etc. Das zeigt: Die FDP hat keine Ahnung vom Handwerkertum und vertritt nur noch die wenigen Profiteure der masslosen Zuwanderung.

Die grosse Mehrheit der Bevölkerung leidet: Die masslose Zuwanderung führt zu massiv höheren Mietpreisen. Kaum eine Schweizer Familie kann sich noch Wohneigentum leisten. Die Strassen sind verstopft, die Probleme an den Schulen häufen sich. Der Schweizer Wohlstand pro Kopf sinkt.

Jetzt muss das Volk die Notbremse ziehen: Mit unserer Grenzschutz-Initiative (Asylmissbrauch stoppen!) und der Initiative «Keine 10-Millionen-Schweiz».

Marcel Dettling

Nationalrat und Präsident der SVP Schweiz



Teure Rechnung für uns alle

Die Schweiz wird zum Goldesel der EU!

Der EU-Unterwerfungsvertrag ist ein Abbauprogramm für unsere Freiheit und unseren Wohlstand. Die Gesetzesflut aus Brüssel ersetzt das Schweizer Recht und gilt dann im Inland und für uns alle gleichermassen.



Von Magdalena Martullo-Blocher, Nationalrätin, Lenzerheide (GR) und Meilen (ZH)

Mit dem neuen Vertrag wird Schweizer Recht automatisch durch EU-Recht ersetzt. Die Vorschriften aus Brüssel gelten dann für alle, nicht nur für Konzerne und Exportunternehmen. Auch Gewerbetreibende müssen ihre Produkte nach den aufwändigen Vorschriften der EU produzieren – selbst, wenn sie gar nicht dorthin exportieren. Die Übernahme des Lebensmittelrechts trifft jeden Bauern, jede Bäckerin und jeden Dorfladen. Handwerker und Gastgewerbetreibende beschäftigen sich mit Papierkram und unsinnigen Vorschriften. Das EU-Recht schreibt

uns vor, was wir essen dürfen, wie unser ÖV abläuft und wie wir Strom beziehen dürfen. Den Preis zahlen wir alle.

Unser wirtschaftlicher Erfolg ist in Gefahr

Der Bundesrat setzt auf dreiste Täuschung und Schönfärberei, um uns diesen Kolonialvertrag unterzujubeln. Zugleich erkaufte er sich die Gunst der Gewerkschaften. Um deren Zustimmung zu gewinnen, wird alles hineingepackt, was diese schon seit Jahren fordern, was aber gar nichts mit der EU zu tun hat: Ausweitung von allgemeinverbindlichen Gesamtarbeitsverträgen, mehr Kontrollen und sogar einen speziellen Kündigungsschutz für Gewerkschaftsvertreter. In unseren Nachbarländern hat das alles bereits massiven Schaden angerichtet. Die Verlierer sind die Arbeitnehmer, die sich dem gewerkschaftlichen Diktat unterwerfen

müssen und deren Arbeitsplätze letztlich verloren gehen.

Es ist kein Wunder, dass dieser Vertrag auf leisen Sohlen und ohne obligatorische Volksabstimmung durchs Parlament geschummelt werden soll. Nicht nur unser wirtschaftlicher Erfolg steht auf dem Spiel, sondern auch Steuermilliarden, die direkt in die EU-Kassen fliessen sollen. Die Schweiz soll jährlich 350 Millionen Franken für EU-Länder bezahlen. Mit den neuen Beitrittskandidaten Ukraine, Georgien und Moldau müssen wir dann «solidarisch» noch mehr bezahlen. Oben drauf kommen aber bereits dieses Jahr noch 666 Millionen Franken für Entwicklungsprogramme der EU. Die Schweiz wird zum Goldesel Europas – ohne jegliche Mitsprache.

Das dürfen wir nicht zulassen!



Die Zeichen stehen auf Krieg – die Schweiz braucht eine wehrfähige Armee!



«Wir wollen durchhalten, damit wir Herr im eigenen Haus bleiben, was auch immer geschieht.» Im Mai 1943 beendete General Guisan eine Rede vor der Schweizerischen Unteroffiziersgesellschaft mit diesen Worten. Ich behaupte, die Neutralität ist das Fundament der Schweizer Genialität!



Von Walter Gartmann,
Nationalrat,
Mels (SG)

Der Druck auf unser Parlament ist gross und die Mitte-links-Mehrheit drängt seit Beginn des Ukraine-Krieges darauf, dass wir als Staat Partei ergreifen. Es ist absurd: Die gleiche pazifistische Linke, die unsere Rüstungsindustrie immer bekämpft hat und die Abschaffung der Armee fordert, setzt sich heute für Waffenexporte und für die militärische Unterstützung einer Kriegspartei ein. Es ist leider auch eine Tatsache dass viele dieser Linken im Parlament, gar keine Schweizer Vorfahren hatten und

somit gar nicht wissen, was die Eidgenossenschaft stark machte!

Unsere bewaffnete Neutralität ist der wohl beste Beitrag zum Frieden, den die Schweiz auf der Bühne der Weltpolitik bieten kann.

Doch der links-grüne Block, verstärkt durch Mitte- und FDP-Wechselstrompolitiker, hat mit seinen Entscheidungen massgeblich zum desolaten Zustand unserer Armee beigetragen. Statt für eine wehrfähige Armee einzustehen, hat man sich dem links-grünen «Gschpürschmi-Fühlschmi-

Syndrom» ergeben. Muslime rollen im WK den Gebetsteppich aus. Statt auf die Verteidigungsfähigkeit fokussierte man sich auf die Senkung des CO₂-Ausstosses und statt die Soldaten komplett auszurüsten, gab man das Geld für eine Umfrage zur sexuellen Belästigung in der Armee aus. Gopfridstutz, wo führt das denn hin!

Dagegen müssen wir uns geschlossen wehren! Jetzt gilt es, ohne Wenn und

Aber die Hemdsärmel hochzukrempeln, anzupacken und die Armee wieder wehrfähig zu machen. Dafür setzt sich die SVP mit voller Kraft ein.

« **Statt auf die Verteidigungsfähigkeit fokussierte man sich auf die Senkung des CO₂-Ausstosses.** »

Die Kriegspartei EU rüstet auf – wie muss sich die Schweiz jetzt verhalten?

Die geopolitischen Spannungen in Europa nehmen weiter zu. Während die USA auf einen Waffenstillstand zwischen Russland und der Ukraine hinarbeiten, setzt die Europäische Union verstärkt auf Waffenlieferungen. Die Schweiz muss in dieser Lage zur bewährten bewaffneten Neutralität zurückkehren.



Von Werner Salzmann,
Ständerat,
Mülchi (BE)

Die EU geht in Richtung militärische Eskalation: Die europäischen Staaten investieren massiv in ihre Rüstung. Deutschland hat ein Sondervermögen für die Bundeswehr bereitgestellt, Frankreich und andere Staaten stocken ihre Verteidigungsbudgets ebenfalls auf. Die EU-Kommission will zudem die europäische Rüstungsindustrie stärken, um unabhängig von den USA zu werden. Europa geht von einer weiteren militärischen Eskalation aus und setzt daher auf mehr Waffen.

Die Schweiz und ihre bewaffnete Neutralität

Die Schweiz darf sich nicht von der EU oder der NATO in die militärischen Konflikte hineinziehen lassen. Die bewaffnete Neutralität war stets ein Garant für Sicherheit und Unabhängigkeit. Aber auch die Schweiz muss sich rüsten, um ihre Verteidigungsfähigkeit wieder herzustellen und nicht in Abhängigkeiten zu geraten. Die Armee muss deshalb modernisiert und die Milizstrukturen gestärkt werden, um im Ernstfall die Souveränität des Landes zu schützen.

Diplomatie statt Mitziehen

Die Schweiz hat eine lange Tradition in der Vermittlung zwischen Konfliktparteien. Statt sich an Sanktionen oder

Waffenlieferungen zu beteiligen, sollte sie verstärkt auf diplomatische Dienste setzen, auch als Vermittlerin zwischen Russland und der Ukraine. Eine aktive Friedensdiplomatie entspricht dem Kern der Schweizer Aussenpolitik und stärkt ihre internationale Glaubwürdigkeit. Wenn wir uns von Europa in den Konflikt hineinziehen lassen, gefährden wir unser Land und dienen dem Frieden nicht. Mit einer glaubwürdigen Verteidigungsfähigkeit, einer strikten Neutralität und einer aktiven Diplomatie hingegen können wir nicht nur die Sicherheit unseres Landes und unserer Bevölkerung schützen, sondern als neutraler und bewaffneter Kern Europas stabilisierend wirken.

Die EU ist Kriegspartei: Gemäss EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen kommt es 2030 zum grossen Krieg mit Russland.



Commission européenne
European Commission



Fakten zur Juso-Enteignungs-Initiative:

So sind die Juso: Nichts arbeiten, dafür die Fleissigen enteignen!

Schon gewusst?



300'000

Familienunternehmen gibt es in der Schweiz.

3'200'000

Männer und Frauen beschäftigen unsere Familienbetriebe und geben ihnen damit Arbeit, Lohn und Auskommen für sich und ihre Familien.

90 %

aller Betriebe in der Schweiz sind von Familien geführt. Sie sind damit das Rückgrat unserer aller Existenz.

ca. 60 %

aller Arbeiter, Angestellten und Lernenden sind damit in einem Familienbetrieb tätig.

2/3

des Schweizer Wohlstandes wird von Familienunternehmen erwirtschaftet.

Und was wollen die Linken mit unseren KMUs machen?

Damit die Linken weiterhin Geld für unsinnige Klima-Projekte aus dem Fenster werfen können, wollen sie unsere KMUs zerstören. So will die Juso-Initiative die Erben von Familienunternehmen mit einer nationalen Erbschaftssteuer von 50 % (!) auf Nachlässe von über 50 Millionen Franken enteignen.

Die Folge: Um diese exorbitanten Steuerbeträge zu begleichen, müssten Familienunternehmen ihre Firmen verkaufen oder liquidieren, denn die

Familienunternehmen haben ihr Geld nicht bar unter der Matratze, sondern in ihren Unternehmen, in Maschinen, Gebäuden usw. investiert.

Damit sind über 50 %, also mehr als jeder zweite Arbeitsplatz in unserem Land, in Gefahr.

Und warum das alles? Weil Juso und SP für ihre linksextremen Ideen lieber das Geld der anderen ausgeben, anstatt selber zu arbeiten.

Die Juso-Initiative gefährdet unsere Zukunft!

Das darf nicht passieren!
Jetzt mitmachen gegen
Enteignungen auf
www.juso-nein.ch





Die extreme Juso-Initiative zerstört Schweizer Familienunternehmen

Die Jungsozialisten wollen «Superreiche» für die Bekämpfung der Klimakrise zur Kasse bitten. Sie verlangen eine Erbschafts- und Schenkungssteuer von 50 Prozent. Dabei geht es um die Frage: Wollen wir die guten Steuerzahler im Land behalten oder wollen wir sie verjagen?



Von Lars Guggisberg,
Direktor Berner KMU
und Nationalrat,
Kirchlindach (BE)

Bei der Juso-Initiative handelt es sich einmal mehr um eine unsägliche Neiddebatte. Dabei sollten wir dankbar sein dafür, dass vermögende Personen in der Schweiz leben und Steuern bezahlen – denn sie finanzieren damit einen grossen Teil des Staates: Das wohlhabendste Prozent in der Schweiz bezahlt nämlich nicht weniger als ein Viertel der gesamten Einkommenssteuereinnahmen und über die Hälfte aller Vermögenssteuereinnahmen.

Wohlhabende schaffen Arbeitsplätze und Lehrstellen. Sie investieren und versorgen KMU mit Aufträgen. Die KMU wiederum – das Rückgrat unserer Wirtschaft – garantieren ihrerseits Arbeitsplätze und Lehrstellen. Dieser Kreislauf generiert Wertschöpfung und Wohlstand für die ganze Schweiz.

Initianten leben vom Wohlstand, den andere erarbeiten

Von der extrem schädlichen Enteignungs-Initiative wären vor allem traditionelle Schweizer Familienunternehmen betroffen. Denn das Vermögen dieser Personen steckt in der Firma. Sie müssten ihre Unternehmen zerschlagen oder verscherbeln, um die hohe Erbschaftssteuer bezahlen zu können. Die Folge wäre: Die Zerstörung von Unternehmen (und Arbeitsplätzen) und der Wegzug von Firmen. Ironischerweise führt die

Initiative zu massiven Steuerausfällen statt zu Mehreinnahmen.

Wer sind diese Initianten? Die grosse Mehrheit der Juso-Leute hat noch nie richtig gearbeitet und lässt sich ihr Studium von jenen finanzieren, die sie noch mehr schröpfen wollen. Die links-grünen Initianten leben vom Wohlstand, den andere erarbeiten.

Fazit: Die Juso zerstört mit ihrer Initiative einen Grundpfeiler der traditionellen Schweizer Wirtschaft. Die besten Steuerzahler werden aus dem Land getrieben und der Schaden wird dem Mittelstand und den KMU überlassen. Das muss unbedingt verhindert werden – wenn voraussichtlich Ende 2025 über die gefährliche Enteignungs-Initiative der Juso abgestimmt wird.

Teilerfolg für die SVP: National- und Ständerat wollen bei kriminellen Asylmigranten endlich härter durchgreifen

Die SVP forderte in mehreren Vorstössen Null-Toleranz im Umgang mit kriminellen Asylbewerbern. Der Schutz der Bevölkerung hat oberste Priorität.



Von Christoph Riner,
Nationalrat,
Zeihen (AG)

Mein Vorstoss «Bevölkerung schützen. Bewegungsfreiheit von Asylkriminellen konsequent einschränken» fand im Nationalrat eine Mehrheit. Was ich forderte, sollte eigentlich selbstverständlich sein: Asylbewerber im Verfahren oder solche, die abgewiesen wurden sowie Migranten ohne Aufenthaltsrecht sollen sich in der Schweiz nicht mehr frei bewegen dürfen, sobald gegen sie ein Strafverfahren eröffnet worden ist. Dies durch Eingrenzung,

Unterbringung in besonderen Zentren oder durch dauerhafte Überwachung bis zum Strafvollzug und zur Ausschaffung.

Ebenfalls eine Mehrheit fand der Vorstoss von Nationalrat Pascal Schmid (TG) «Bevölkerung schützen. Kein Asylverfahren und kein Bleiberecht für Verbrecher». Asylanten, vorläufig Aufgenommene und Flüchtlinge, die wegen eines Verbrechens verurteilt worden sind, sind **konsequent vom Asylverfahren auszuschliessen**, respektive die erteilte Aufenthaltsbewilligung ist ihnen zu entziehen. Gleichlautende Vorstösse von Esther Friedli (SG) und Pirmin Schwander (SZ) fanden auch im Ständerat eine klare Mehrheit.

Dies ist ein kleiner Schritt in die richtige Richtung. Die **dringend notwendige**

Neuausrichtung der Asylpolitik **hingegen haben SP, Grüne, Grünliberale und Teile der Mitte verhindert**. Sie lehnten folgende Vorstösse von uns ab: «Wer über sichere Drittstaaten einreist, wird an der Grenze zurückgewiesen» und «Von Dänemark und Schweden lernen: Familiennachzug auf die Interessen der Schweiz ausrichten».

Allen voran **verweigert** der verantwortliche SP-Asylminister Beat Jans den **dringend notwendigen Kurswechsel in der Asylpolitik**. Die Folgen sind noch mehr Asylkriminalität und noch mehr Asylmissbrauch. **Deshalb muss das Volk handeln:** Unterschreiben auch Sie die Volksinitiative «Asylmissbrauch stoppen! (Grenzschutz-Initiative)».

grenzschutzinitiative.ch



Asylmissbrauch stoppen!

**Grenzschutz-Initiative
jetzt unterschreiben!**

Zuwanderung: Es braucht eine fundamentale Wende

Die Schweiz braucht Zuwanderung. Fakt ist aber auch: Zuwanderung hat eine Schattenseite. Davon zeugt die Kriminalstatistik. Tatsächlich sind Angehörige bestimmter Nationalitäten, respektive Kulturen, massiv krimineller als andere.



Von Prof. Dr.
Frank Urbaniok,
forensischer Psychiater

Gemäss der Kriminalstatistik 2024 nehmen die Straftaten zu. 58 % der Beschuldigten sind Ausländer – darunter viele Asyl-Zuwanderer aus Ländern wie Afghanistan, Algerien oder Eritrea. **Das ist das Ergebnis einer verfehlten Migrationspolitik.**

Als forensischer Psychiater habe ich mich mit tausenden von Gewalt- und Sexualstraftätern intensiv auseinandergesetzt. Erfahrungen, die in mein neues Buch «Schattenseiten der Migration: Zahlen, Fakten, Lösungen»

einfließen. Das war ein schwieriges Buch. Zum einen, weil es einem schwer gemacht wird, die Fakten zusammenzutragen. Vor allem aber war es fast unmöglich, dieses Buch zu publizieren. Viele Verlage waren zwar interessiert, lehnten aber aus Angst ab, in eine rechtsradikale Ecke gerückt zu werden.

Zum Glück fand sich eine unerschrockene Verlegerin, so dass das Buch in Kürze doch noch erscheint. Darin lege ich erstmals die drastischen Kriminalitätsquoten bestimmter Herkunftsländer bei Gewalt- und Sexualstraftaten für die Schweiz, Deutschland und Österreich dar. So sind in der Schweiz **Afghanen mehr als 5 Mal und Tunesier mehr als 9 Mal häufiger wegen schweren Gewaltdelikten verzeichnet als Schweizer.** Grund dafür sind kulturelle Prägun-

gen. Der zweite Teil des Buches zeigt die Tricks auf, mit denen die Fakten in der öffentlichen Debatte verschleiert werden und im dritten Teil schlage ich 17 Massnahmen für ein umfassendes Lösungskonzept vor.

Meine Botschaft: Die meisten Ausländer sind gesetzestreu und ein Gewinn für unsere Gesellschaft. Aber es gibt auf der anderen Seite auch gravierende Migrationsprobleme. Werden diese vertuscht statt gelöst, dann verlieren die Bürger das Vertrauen in die Politik und unsere Gesellschaft. Deshalb müssen die Vernünftigen aus dem gesamten demokratischen Spektrum die Probleme endlich anpacken. Es braucht eine fundamentale Wende in der Migrationspolitik. **Die Schweiz hat hier mehr Spielraum, weil sie nicht Mitglied der EU ist.**

SCHATTENSEITEN DER MIGRATION: Zahlen, Fakten, Lösungen

Das ist das Buch der Stunde. Die schonungslose Analyse einer verfehlten Migrationspolitik von einem der renommiertesten forensischen Psychiater im deutschsprachigen Raum.

Frank Urbaniok, der sich in seiner jahrzehntelangen Tätigkeit mit tausenden von Gewalt- und Sexualstraftätern intensiv auseinandergesetzt hat, legt erstmals für Deutschland, Österreich und die Schweiz die drastischen Kriminalitätsquoten bestimmter Herkunftsländer dar. Und er zeigt auf, wie versucht wird, diese Fakten in der öffentlichen Diskussion zu verschleiern.

Die Vernünftigen müssen sich der Probleme annehmen, weil andernfalls radikale Kräfte profitieren und viele Bürger und Bürgerinnen das Vertrauen in die Handlungsfähigkeit des Staates verlieren. Urbanioks Buch bietet dafür die Grundlage. Denn es beschreibt nicht nur faktenbasiert die Schattenseiten der Migration und ihre Gründe, sondern zeigt auch die notwendigen Lösungen auf.



CHF 22,99 – CHF 36,80
zzgl. Versandkosten

Seiten: ca. 300
Masse: 13,5 x 20,5 cm
Format: Taschenbuch,
Hardcover,
eBook (ePub)



NEUE
FOLGE
svp.ch/ddd

Ramadan statt Aschermittwoch - Bundesrat Jans hofiert Muslimverbände



Dütsch. Dütlich.
DETTLING!

Was läuft schief in der Schweizer Politik?
Dütsch. Dütlich. DETTLING! - redet Klartext!



Schädliches Windrad-Diktat stoppen!

Windpark Griebach im Bau, Schwarzwald (D)

Jetzt unterschreiben!



Unzählige solcher Waldrodungen für Windräder sind in der Schweiz zu befürchten.

- In der Schweiz sind hunderte Windturbinen **ganz oder teilweise im Wald geplant**. Der Wald ist wichtig für unser Ökosystem und ein beliebter Erholungsort für die Menschen.
- Der Bau einer Windturbine im Wald erfordert im Durchschnitt **die Rodung von etwa einem Fussballfeld Wald. Dazu kommen 10 m breite Schneisen für die Zufahrt**. Ersatzaufforstungen vernichten wertvolle Landwirtschaftsfläche und benötigen mindestens 80 Jahre, bis sie eine vergleichbare Qualität erreichen wie der abgeholzte Wald.
- Bauten im Wald sind seit 1872 nur ausnahmsweise und sehr eingeschränkt erlaubt. **Jetzt soll der Waldschutz plötzlich für den «Klimaschutz» aufgegeben werden!** Helfen Sie mit Ihrer Unterschrift, diese sinnlose Zerstörung unserer Wälder zu stoppen. Ein Unterschriftenbogen liegt bei.


PAYSAGE LIBRE SUISSE
FREIE LANDSCHAFT SCHWEIZ



www.waldschutz-ja.ch

Elias Vogt
Präsident Freie Landschaft Schweiz



Ideologie statt Bildung, zu viel Zuwanderung und die Quittung zahlen unsere Kinder

Schule in Not – Zeit für einen Aufbruch



Wenn Lehrpersonen mehr Zeit mit Bürokratie, Sprachbarrieren und Integration verbringen als mit Unterricht, läuft etwas grundlegend falsch – was wir jetzt tun müssen.



Von Benjamin Fischer,
Nationalrat,
Oberweningen (ZH)

Seit meinem Interview im Tages-Anzeiger zur Lage der Volksschule und unseren Lösungsvorschlägen, mehren sich die Rückmeldungen aus der Praxis – und sie zeichnen ein beunruhigendes Bild. Lehrpersonen, Eltern und Gemeindebehörden schlagen Alarm.

Zu grosse Klassen, mangelnde Sprachkenntnisse, verhaltensauffällige Kinder: Die Lehrpersonen stehen unter enormem Druck, weil sie gleichzeitig unterrichten, integrieren, betreuen, therapieren, dolmetschen und dokumentieren sollen. Die Folge: **Ein Unterricht, der kaum jemandem**

mehr gerecht wird – weder den leistungsstarken noch den förderbedürftigen und schon gar nicht den durchschnittlich talentierten, unauffälligen Kindern. Die Nivellierung nach unten ist Realität.

Besonders schwer wiegt die **Belastung durch die ungebremste Zuwanderung**. In vielen Klassen beträgt der Anteil fremdsprachiger Kinder mittlerweile bis zu 70 %, was zielorientiertes Lernen verunmöglicht. Es braucht endlich ein klares Bekenntnis zum Prinzip: **Ohne ausreichende Sprachkenntnisse kein Eintritt in die Regelklasse.**

Die SVP fordert einen Kurswechsel. Der ideologische Ballast des Lehrplans 21 muss weg, ebenso das gescheiterte Dogma der Integration um jeden Preis. Stattdessen braucht es wieder Sonderklassen, klare Leistungsziele und echte Entlastung der Lehrpersonen.

Wir handeln – auf allen Ebenen

Die SVP hat das Thema Bildung wieder dorthin geholt, wo es hingehört: an die Spitze der politischen Agenda. Wir haben ein umfassendes Grundlagenpapier erarbeitet und in zahlreichen Kantonen laufen koordinierte Vorstösse – vom Handyverbot in der Primarschule über die Rückkehr zu bewährten Unterrichtsformen bis hin zur Stärkung der Landessprachen. Auf nationaler Ebene arbeiten wir aktuell an einem Positionspapier zur Volksschule, das im Sommer vorgestellt wird. Damit setzen wir nicht nur ein Zeichen – wir setzen um.

Wir rufen alle Praktikerinnen und Praktiker – Lehrpersonen, Eltern, Schulbehörden und Gemeindevorstände – auf, uns ihre konkreten Erfahrungen zu schildern. Schreiben Sie uns über das Generalsekretariat der SVP, damit wir gemeinsam handeln können: info@svp.ch

ATTRAKTIV WIE NIE ZUVOR

RANGE ROVER
SPORT



landrover.ch

SWISS SERVICE PACKAGE

5 Jahre Free Service
Jahre Roadside Assistance
Jahre Garantie



Eigentum schützen – Fantasiesteuern streichen!

Die Steuer auf den «Eigenmietwert» wurde 1934 per Notrecht als eidgenössische Krisenabgabe eingeführt. Seither wird diese Steuer auf einem fiktiven Mieteinkommen erhoben, das gar nicht existiert. Der Eigenmietwert bestraft sparsame Leute, denen Eigenverantwortung und Unabhängigkeit wichtig ist. Gleichzeitig wird die Verschuldung gefördert. Höchste Zeit, diese Fantasiesteuer abzuschaffen.



Von Gregor Rutz,
Nationalrat und
Präsident HEV Schweiz,
Zollikon (ZH)

Etwas besteuern, das es nicht gibt – auf eine solche Idee muss man zuerst einmal kommen! Genau diese Situation haben wir aber beim sogenannten «Eigenmietwert». Wer im eigenen Haus oder in der eigenen Wohnung lebt, muss die Eigenmietwert-Steuer zahlen. Der Eigenmietwert ist ein fiktives Einkommen, das erzielt werden könnte, wenn das Haus oder die Wohnung vermietet würde. Es wird vom theoretisch erzielbaren Mietwert der Immobilie abgeleitet. Der Eigentümer erhält also kein wirkliches Einkommen. Gemäss be-

hördlicher Auffassung hat er aber einen «Nutzungsertrag», indem er seine eigene Immobilie bewohnt. Darum gilt der Eigenmietwert als «Naturaleinkommen». Fazit: Es wird etwas besteuert, das es nicht gibt.

Sondersteuer für Wohneigentümer

Statt das Wohneigentum zu fördern, wird es mit einer Sondersteuer bestraft. Darunter leiden ältere Menschen, die ihr Leben lang sparten und seit vielen Jahren in ihrer eigenen Liegenschaft wohnen, aber auch junge Familien, die erstmals Wohneigentum erwerben möchten.

Nun soll der Eigenmietwert abgeschafft werden. Im Gegenzug fällt auch der Steuerabzug für Kosten des Liegenschaftsunterhalts weg. Allerdings können die Kantone weiterhin einen Abzug für energetische Sanierungen zulassen. Und wer erstmals eine selbstbewohnte Liegenschaft erwirbt, kann zehn Jahre lang einen beschränkten Schuldzinsabzug geltend machen.

Als Ausgleich für die Berg- und Tourismuskantone beschlossen die Räte eine zweite Vorlage: Die Kantone sollen die Möglichkeit erhalten, eine Steuer auf Zweitliegenschaften einzuführen. Weil dies eine Verfassungsänderung bedingt, gibt es dazu obligatorisch eine Volksabstimmung. Die beiden Vorlagen sind miteinander verknüpft – sie können nur zusammen in Kraft treten.

Aus Sicht der SVP ein wichtiger Schritt zur Stärkung des Eigentums und der Selbstverantwortung!



Ein Bürokratiemonster ohne Mehrwert

Die Volksinitiative «Für eine zivilstandsunabhängige Individualbesteuerung (Steuergerechtigkeits-Initiative)» will den Wechsel von der Ehepaarbesteuerung zur Individualbesteuerung. In einem Punkt sind wir mit den Initianten einig: Die Heiratsstrafe gehört endlich abgeschafft.



Von Martin Hübscher,
Nationalrat,
Bertschikon (ZH)

Eine Umstellung auf die Individualbesteuerung würde auf einen Schlag 1,7 Millionen neue Steuererklärungen auslösen, die alle bearbeitet und kontrolliert werden müssen. Damit wären weit **über 2'000 neue Steuerbeamte** nötig, die keine zusätzliche Wertschöpfung bringen, aber die Staatsquote zusätzlich erhöhen. Aber damit nicht genug: Bei jedem Stipendiengesuch oder bei der Anmeldung zum Musikunterricht müssten künftig zwei Steuerveranlagungen eingereicht und überprüft werden. Auch deshalb sind die Finanzdirektorenkonferenz und der Verband der Gemeinden gegen die Individualbesteuerung.

Die getrennte Einkommensdeklaration ist ja noch relativ einfach möglich. Komplexer wird es im Falle einer Ehe mit Errungenschaftsbeteiligung – das sind heute die allermeisten Ehen – mit dem Vermögen. Da braucht es jedes Jahr eine güterrechtliche Auseinandersetzung. Oder anders gesagt: Bevor Sie die Steuererklärung ausfüllen, müssen Sie jedes Jahr finanziell eine Scheidung vollziehen. Das schafft bestenfalls viel Arbeit für Juristen.

Die Individualbesteuerung privilegiert eine Aufteilung der Erwerbstätigkeit der Ehepartner zu je 50 %. Wählt eine Familie eine andere Aufteilung wird sie durch die Progression steuerlich be-

nachteiligt. Der Staat fördert so einseitig ein Familienmodell – das ist aber nicht Aufgabe des Staates, sondern das sollen die Ehepartner selber wählen können.

Mit angepassten Steuertarifen oder Splitting haben wir in verschiedenen

Kantonen bewährte Lösungen zur Abschaffung der Heiratsstrafe, die problemlos auch bei der direkten Bundessteuer eingeführt werden könnten.

Zusammengefasst: Die Individualbesteuerung wird ein

Bürokratiemonster, ist kompliziert, steht im Widerspruch zur Ehe als wirtschaftliche Einheit, schafft neue Ungerechtigkeiten und ist dazu noch unsozial.

**« Der Staat fördert
so einseitig ein Familien-
modell – das ist aber nicht
Aufgabe des Staates,
sondern das sollen die Ehepart-
ner selber wählen können. »**

**NO RISK,
MUCH FUN.**

Der neue Forester 4x4.

Sicherheit, die dazu einlädt, intensiver zu leben: Der neue Forester 4x4 verhindert mit innovativen Technologien bei jeder Fahrt, dass etwas passiert – und macht so vieles erst möglich.

subaru.ch

Kanton Solothurn:

SVP gewinnt die Wahlen und bodigt Energiegesetz

Seit 1830 war die FDP im Kanton stärkste Kraft. Am 9. März 2025 wurde sie an den Kantonsratswahlen von der SVP überholt (25.7%). Und nun schaffte mit Sibylle Jeker erstmals eine SVP-Kandidatin den Sprung in den Regierungsrat. Ein historisches Resultat!



Von Rémy Wyssmann,
Nationalrat,
Kriegstetten (SO)

Vier Wochen zuvor, am 9. Februar, **bodigte die SVP** gegen alle anderen Parteien mit 58 % **das Energiegesetz**. Die Solothurner stimmten Nein zu einem faktischen Öl- und Gasheizungsverbot, zu Windturbinen und zum Laststationen-Zwang für alle Gebäude.

Ausserdem erschütterte ein Skandal den Kanton. Der Solothurner Regierungsrat (in welchem die SVP nicht vertreten ist) hatte in der Stadt Solothurn eine Liegenschaft für 5 Millionen Franken geheim gekauft. Doch dabei hat er seine Finanzkompetenzen überschritten und das Volk um sein Stimmrecht betrogen. Das Bundesgericht hat **aufgrund einer Beschwerde der SVP** eine kantonale Volksabstimmung angeordnet. Genau das Gleiche beim 88-Millionen-Bipperlisi-Projekt: Dort haben Regierung und Parlament die Finanzkompetenzen überschritten. Das Bundesgericht

hat aufgrund der Beschwerde von SVP-Kantonsrätin Marianne Wyss eine weitere Volksabstimmung angeordnet.

Das Volk hat genug von dieser bürgerfeindlichen Finanz- und Geheimhaltungspolitik. Im ersten Wahlgang verfehlten alle bisherigen Regierungsräte die Wiederwahl. Ebenfalls ein klares Misstrauensvotum der Bevölkerung. Im zweiten Wahlgang vom 13. April schaffte Sibylle Jeker für die SVP erstmals den Einzug in den Solothurner Regierungsrat – mit dem drittbesten Resultat!

GOAL GLOSSAR



Kampagne

Kampagne

<lat.> campus (Feld, Feldzug)

Wer einen Feldzug beginnen will, muss genau wissen, worauf er sich einlässt:
Was ist mein Ziel? Was sind meine Stärken und Schwächen? Was macht mein Gegner?
Was kann an «Unvorhersehbarem» passieren? Nur wer seine Hausaufgaben gemacht hat,
wird erfolgreiche Kampagnen führen können!

Wir helfen Ihnen dabei ...

Wir freuen uns auf Sie!

Nicola Tinner, Geschäftsführer
Alexander Segert, Agenturinhaber
8450 Andelfingen/ZH, Tel. 043 499 24 00
info@goal.ch, www.goal.ch

GOAL

AG für Werbung und Public Relations
Wir wollen Ihren Erfolg

NEW SUZUKI SWIFT TRADIZIO

TRADITION & INNOVATION



Entdecken Sie das limitierte Sondermodell mit CHF 1740.- Kundenvorteil

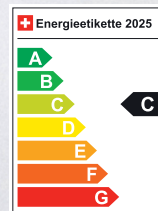
- C-Säule mit Scherenschnittmuster
- Einstiegsleisten mit TRADIZIO-Schriftzug
- 5 Jahre SUZUKI-Premium-Garantie
- Cargo Set inkl. Kofferraumwanne
- Praktische Mittelarmlehne

Bereits für

CHF 22 490.-

ab CHF 115.-/Monat

**ATTRAKTIVES 1.99 %
HITLEASING VERFÜGBAR.**



SUZUKI FAHREN, TREIBSTOFF SPAREN: NEW SUZUKI SWIFT TRADIZIO Hybrid MT, CHF 22 490.-, 4.6l/100km, Energieeffizienz-Kategorie: C, 104 CO₂/km. Leasingkonditionen: 36 Monate Laufzeit, 10000 km pro Jahr, effektiver Jahreszins 2.01%, Vollkaskoversicherung obligatorisch, Sonderzahlung: 30 % vom Nettokaufpreis. Die Laufzeit und die Kilometerleistung sind variabel und können Ihren persönlichen Bedürfnissen angepasst werden. Alle Preise und unverbindliche Empfehlungen verstehen sich inkl. MWST. Diese Konditionen sind gültig für alle Leasingverträge vom 1.1.2025 bis 30.4.2025 und die Fahrzeug-Immatrikulation vom 1.1.2025 bis 30.6.2025. Hauptbild: NEW SUZUKI SWIFT TRADIZIO Top Hybrid MT, CHF 23 990.-, Metallic-Lackierung 690.- (UVP inkl. MWST.), 4.6l/100km, Energieeffizienz-Kategorie: C, 104 g CO₂/km. Leasingpartner ist die MultiLease AG. Eine Leasingvergabe ist verboten, falls sie zur Überschuldung des Konsumenten führt.

SUZUKI
KÖNIGSPARTNER
ESAF 2025
GLARNERLAND



SUZUKI
Die kompakte Nr. 1
www.suzuki.ch